



::: Film in Bewegung präsentiert :::

„bring it all back home“

::: von der Revolte 1967 bis zum „Deutschen Herbst“ :::

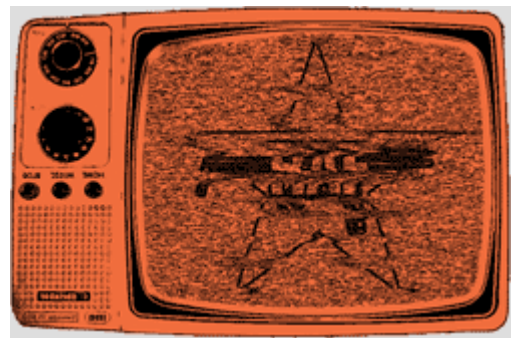
::: Filmreihe im Kölner Filmhaus vom 11. - 14. Oktober 2007 :::

>> Einleitung

Zur Filmreihe im Kölner Filmhaus vom 11. bis 14. Oktober

Zur Filmreihe

Im Herbst 2007 jähren sich zum 30. Mal die politischen Geschehnisse, die in die Geschichte der Bundesrepublik als „Deutscher Herbst“ eingingen. Die gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen sind bis heute spürbar und spiegeln sich auch in den jüngsten Debatten um die Entlassung der RAF-Gefangenen wider. Die Filmreihe will einen Einblick in die Dekade nach 1967 geben. Was bewegte die Menschen? Was waren die Gründe für die Radikalisierung der Bewegung und die Konfrontation mit der Staatsgewalt? Wie war das gesellschaftliche Klima, in dem sich die Ereignisse im Herbst 1977 zuspitzten? "Bring it all back home" ist der Titel einer LP, die Bob Dylan 1965 veröffentlichte. 1969 benannte sich der weather underground nach einem der songs auf der Platte. "You don't need a weatherman to know, which way the wind blows", hieß es in dem Lied. Der weather underground war für zahlreiche spektakuläre Bombenanschläge auf militärische Einrichtungen in den USA verantwortlich. Das Ziel der Militanten war die Beendigung des Krieges in Vietnam. Der Krieg in Indochina drängte junge Menschen auf der ganzen Welt zum Handeln. Überall stellten sie die kapitalistische Ordnung in Frage und kämpften für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung.



Auch in Deutschland entwickelte sich – ausgehend von den Universitäten - ab Mitte der Sechzigerjahre eine starke außerparlamentarische Bewegung. Nachdem am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg während einer Demonstration gegen den Schah-Besuch in Berlin von einem Polizisten erschossen wurde, radikalisierten sich viele Aktivistinnen und Aktivisten. Die Frankfurter Kaufhausbrandstiftung 1968, mit der die späteren RAF-Gründer gegen den Vietnamkrieg protestieren wollten, wirkte wie ein Fanal. Mit der Befreiung von Andreas Baader am 4. April 1970 in Westberlin konstituierte sich die Rote Armee Fraktion. 1972 schließen sich verschieden militante Gruppen zur Bewegung 2. Juni zusammen. Ihre erfolgreichste Aktion war die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz und die Befreiung von fünf Gefangenen aus der Haft. 1973 trat eine Revolutionäre Zelle (RZ) mit Anschlägen auf Niederlassungen des US-Konzerns ITT erstmals in Erscheinung. 1978 verübte die feministische Rote Zora ihren ersten Anschlag, auf das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wegen des §218-Urteils. Über Ziele und Methoden des Kampfes wurde in der Linken heftig gestritten. Während die RAF Krieg im „Herzen der Bestie“ (Che) führen wollte, propagierten andere den „Kampf um die Köpfe der Menschen“(RZ). Doch viele Linke wollten davon nichts wissen und machten sich auf den „langen Marsch“ (Mao) durch die Institutionen. Im Herbst 1977 war die

Konfrontation zwischen Staat und Stadtguerilla auf dem Höhepunkt. Auch wenn sich danach viele Militante zurück zogen, setzte sich die Revolte fort. Neue soziale Bewegungen, wie die Anti-AKW-Bewegung, gewannen an Bedeutung. Doch nach dem Fall der Mauer 1989 schien der Niedergang der Linken unaufhaltsam. Die bewaffneten Gruppen der Siebzigerjahre lösten sich nach und nach auf oder traten nicht mehr in Erscheinung.

Die Erinnerung an die Jahrzehnte der Konfrontation ist verblasst, ihre Geschichte noch nicht geschrieben. Die Revolte ist jedoch nicht zu Ende. *film in bewegung* ist eine temporäre Assoziation von Aktivistinnen und Aktivisten aus der linken Bewegung und zeigt eine Auswahl von Filmen, die uns eine Tür zum Verständnis jener Jahre öffnen können. Zahlreiche Filmemacherinnen und Filmemacher haben ihre Erfahrungen ab Ende der sechziger Jahre künstlerisch verarbeitet und mit ihren Werken Dokumente der Revolte geschaffen. Manche Beiträge erscheinen überraschend aktuell.

Im Programm sind Spielfilme wie der „Unsichtbare Aufstand“ und „Die Innere Sicherheit“, Dokumentationen wie „Starbuck Holger Meins“ und „The Weather Underground“ sowie einzigartige Kurzfilme aus dem Fundus der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen, u.a. „Von der Revolte zur Revolution“ über die Blockade der BILD-Zeitung 1968 in Hamburg. Bei einigen Vorführungen sind Filmemacherinnen und Filmemacher und andere Akteure zugegen und stehen für Fragen zur Verfügung.

::: *Programm* :::

Do. 11.10.

19:00

Starbuck Holger Meins D 2001, R: Gerd Conradt, 90 Min. Starbuck ist der Steuermann, der Pequod aus Melvilles Roman "Moby Dick". Starbuck ist aber auch der Deckname von Holger Meins, der als RAF-Mitglied 1974 im Hungerstreik stirbt. 25 Jahre nach seinem Tod begibt sich der Filmemacher und Freund Gerd Conradt auf Spurensuche. Wer war Holger Meins? Was führte ihn in den Untergrund? Welche Umstände führten zu seinem Tod, mit dem er zum erklärten Symbol des radikalen Widerstandes wurde? Was bleibt von ihm? Weggefährten geben Auskunft, u.a. Gretchen Dutschke, Harun Farocki, Wolfgang Petersen, Peter Lilienthal, Michael Ballhaus, Margrit Schiller und der BKA-Fahnder Alfred Klaus.

21:00

Porträt einer Bewährung D 1964, R: Alexander Kluge. 13 Min. Der Darsteller, Polizeihauptwachtmeister Müller-Seegeberg, hat sich bereits während des 1. Weltkriegs bewährt. Auch in der Weimarer Republik sowie während der NS-Zeit bewährt er sich nach eigenen Aussagen. Nach 1945 setzt er seine Karriere im Polizeidienst fort. Anfang der 1960er Jahre schießt er auf ein Paar, das sich verbotenerweise in einem Park liebt, trifft dieses jedoch nicht. Er wird aus dem Polizeidienst entlassen. Müller-Seegeberg vermutet jedoch einen anderen Grund für seine Entlassung.

Auf Leben und Tod Schweden 1979, R: Hans Herderberg, 55 Min. Am 7. April 1977 wird Generalbundesanwalt Siegfried Buback erschossen. Bereits einen Tag später erscheint der erste Fahndungsaufruf. Günther Sonnenberg, Christian Klar und Knut Folkerts werden von der Polizei als mutmaßliche Täter gesucht. Belohnung: 200.000 Mark. An dieser Stelle beginnt der Film seine Aufarbeitung der Geschichte des bewaffneten Kampfes, angefangen bei der APO bis zu den Toten in Stammheim; die Geschichte der Stadtguerilla in der BRD, ihre Hintergründe und ihre politischen Ziele. Produziert und ausgestrahlt wurde dieser Film vom schwedischen Fernsehen, eine Übernahme durch eine deutsche Sendeanstalt erscheint aufgrund der Kritik an der inneren Aufrüstung der BRD damals wie heute undenkbar.

Fr. 12.10.

19:00

Der unsichtbare Aufstand D/F/I 1972, R: C. Costa-Gavras, 121 Min. Als die Tupamaros, die legendäre Stadtguerilla Uruguays, den anscheinend unbescholtenen US-Bürger und Verkehrsexperten Philip Michael Santore in Montevideo entführen, versteht zunächst niemand die Hintergründe. Doch als der liberale Journalist Carlos Ducas mit eigenen Nachforschungen beginnt, stellt sich heraus, dass der Amerikaner keinesfalls so harmlos ist, wie zunächst angenommen. Vielmehr unterstützt Santore als hochrangiger Militärberater im Auftrag der US-Regierung unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe den Polizeiparapparat des Militärregimes in Uruguay. Der Plan der Tupamaros, Santore gegen politische Gefangene auszutauschen, scheint aufzugehen. Doch im letzten Moment spürt die Polizei die Entführer auf. Nun bleiben 24 Stunden bis zum Ablauf des Ultimatums - 24 Stunden, die über Leben und Tod entscheiden.

21:00

Rot ist die blaue Luft (Le fonds de l'air est rouge) F 1977, R: Chris Marker, 179 Min.

Der französische Filmemacher Chris Marker montiert ein imponierendes Fresko der politischen Bewegungen der Sechziger- und Siebzigerjahre. Er nimmt Bilder aus der Tschechoslowakei, Frankreich, Chile, Kuba, Bolivien auf und kommentiert sie neu. Mit künstlich eingefärbten Bildern schafft er Distanz und stellt Fragen nach den Perspektiven und Grundlagen des Kampfes. Markers Versuch einer kritischen Bilanz der 68er-Revolution sucht hinter dem Scheitern der emanzipatorischen Bewegungen ein "rotes Lüftchen" aufzuspüren.

Erster Teil - Die schwachen Hände: 1.: Von Vietnam zum Mord an Che und dem Mai '68 in Paris. Zweiter Teil - Die zerbrochenen Hände: 1.: Vom Prager Frühling bis zum Sturz Salvador Allendes in Chile 1973.

Sa. 13.10.

19:00

Von der Revolte zur Revolution D 1968 R: Kurt Rosenthal u.a., 60 Min. „Enteignet Springer!“ ist das Motto der außerparlamentarischen Bewegung nach dem Mord an Benno Ohnesorg 1967. In vielen Städten versuchen Demonstranten die Auslieferung der Bild-Zeitung zu verhindern. Der Film dokumentiert die Belagerung des "Springer-Hauses" 1968 in Hamburg. Die Polizei reagiert mit einer bis dahin unbekanntem Brutalität auf die Proteste, was eine weitere Radikalisierung der Bewegung nach sich zieht. Was tun? Jürgen Krahl (SDS) und Prof. W. Abendroth werfen die Frage der Gegengewalt auf.

Projekt Arthur D 1987, Produktion: Medienwerkstatt Freiburg, 72 Min. Ende der 60er Jahre tritt die Nachkriegsgeneration an, sich von dem Nazi-Erbe zu befreien. Revolution liegt in der Luft. Doch der Sturm der Revolution kommt von außen, aus der hungernden, ausgeplünderten und von Bomben zerfetzten Dritten Welt. "Vietnam" drängt die Jugend in den Metropolen zum Handeln. Mit dem Mord an Benno Ohnesorg zeigt der Staat, wozu er fähig ist, wenn eine Bewegung die Staatsmacht und die kapitalistische Ordnung, die sie schützt, in Frage stellt. Doch während die einen die nächsten Schritte noch diskutieren, drängen andere längst zur revolutionären Tat. Sie nennen sich "Haschrebellen" und "Tupamaros Westberlin" und entwickelten außerhalb der Universitäten eine eigene politische Kultur. Für sie ist klar, "dass, wir den Feind hier bekämpfen müssen." In Gesprächen mit Zeitzeugen zieht der Film einen Bogen von der 67er-Bewegung über die Anfänge der Stadtguerilla in der Bundesrepublik bis zum „Deutschen Herbst“ 1977.

21:30

Messer im Kopf D 1978, R: Reinhard Hauff, 108 Min. ., Darsteller: Bruno Ganz, Angela Winkler, u.a. Eine Polizeirazzia im Jugendzentrum. Der Biogenetiker Hoffmann wird angeschossen. Als er im Krankenhaus erwacht, ist er ohne Erinnerung, ohne Sprache. Für die Zeitungen ist er ein Terrorist, für die linke Szene einer der ihren. Doch Hoffmann nimmt den Kampf um seine "eigene" Geschichte auf. Was geschah im Jugendzentrum wirklich? Hat ein junger Polizist aus Angst einem harmlosen Bürger blindlings eine Kugel in den Kopf gejagt? Oder war es Notwehr, wie die Polizei behauptet? Ist Hoffmann gar ein gefährlicher Terrorist und sein Beruf bloß eine Tarnung? Hoffmann muss zunächst alles neu lernen: Sehen, hören, gehen, sprechen und sich gegen Vereinnahmungen schützen. Aus dem "Fall Hoffmann" wird der "Mensch Hoffmann".

So. 14.10.

12:00

Matinee mit der antimilitaristischen Initiative „Bundeswehr wegtreten“

Sir! No Sir! USA 2005, R: David Zeiger, 85 Min. »Sir! No Sir!« ist eine Art Zeitmaschine. Kriegsveteranen berichten über die massenhafte Verweigerung und den Widerstand unter den US-amerikanischen Soldaten während des Vietnamkriegs. Anfangs waren es Einzelgänger, die öffentlich erklärten: Wir gehen nicht nach Vietnam! Was von wenigen Deserteuren und einzelnen »Nein!«-Sagern ausging, wurde zum »militärischen« Massenprotest gegen den Vietnamkrieg, im Verein mit der Anti-Kriegsbewegung, zu deren Hauptaktivisten bald auch Soldaten und Veteranen zählten. Einer der Protagonisten des Films, der Vietnam-Veteran Dave Blalock wird Gast der Matinee sein.

19:00

Die innere Sicherheit D 2001, R: Christian Petzold, 104 Min. , Darsteller: Julia Hummer, Barbara Auer, Richy Müller, Seit 15 Jahren lebt ein Paar im Untergrund. Als sich die Bewegung in den neunziger Jahren auflöst tarnen sich die einstigen Militanten an den Stränden Portugals als Touristen. Sie hatten ein Tabu gebrochen und ein Kind gezeugt. Das Mädchen, das nie eine Schule besucht, nie die Kleidung mit ihren Freundinnen tauschen kann, nie den Unterricht schwänzt, durch Städte streift und in Eisdielen rumhängt, ist allein. Während sich die Eltern eine halbwegs legale Identität in Brasilien zusammenzubasteln, verliebt sich die Tochter. Doch durch eine Unaufmerksamkeit bricht alles zusammen. Noch einmal müssen sie fliehen, und ihre Flucht führt sie nach Deutschland.

21:00

Der Tod der Ratte F 1973, R: Pascale Aubier, 6 Min. Der Kurzfilm thematisiert den Zusammenhang zwischen der Gewalt des Fabriksystems und der patriarchalen Gewalt in der Kleinfamilie.

The Weather Underground USA 2002, R: Sam Green and Bill Siegel, 93Min, engl. OF Jane Fonda ist in den Sechzigerjahren eine Ikone der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg. In "The Weather Underground" sieht man sie zu Beginn bei einer politischen Demonstration. Mit bisher wenig bekanntem Archivmaterial bringen Sam Green und Bill Siegel in schnellen Strichen das Bild der Zeit nach dem »Summer of Love« ins Gedächtnis zurück: der Mord der Hells Angels bei einem Konzert der Rolling-Stones, die Überfälle der Manson-Bande, die Bilder vom Massaker in My Lai, den Überfall der amerikanischen Bundespolizei auf eine Gruppe von Black-Panther-Aktivisten. Aktivisten von damals berichten von ihrem Gang in den Untergrund, vom Versuch, den Krieg mittels Bombenattentaten nach Amerika zu tragen. Ihnen ist es wichtig, keine Todesopfer zu verursachen. Die ehemaligen Militanten sind heute keineswegs reumütig, obwohl viele von ihnen – für deutsche Verhältnisse kaum vorstellbar - heute gutbürgerliche Existenzen als Hochschullehrer führen.

::: Texte :::

>> Das linke Gespenst und die Rebarbarisierung des Politischen. Gute Mörder, schlechte Mörder

Klaus Viehmann in ak (Nr. 518 vom 22.6.2007)

Das linke Gespenst und die Rebarbarisierung des Politischen - Gute Mörder, schlechte Mörder

Klaus Viehmann in ak (Nr. 518 vom 22.6.2007)

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, sich „für die Freilassung aller politischen Gefangenen“ einzusetzen. Die Landesregierung beschließt, „sie als Kriegsgefangene anzuerkennen“ und die Urteile nicht ins Strafregister einzutragen. Bundestagsabgeordnete und Landtagsabgeordnete fordern auf einer Kundgebung am Knast vor mehreren Tausend Menschen eine Begnadigung der „politischen Gefangenen“. Ging es um verfolgte KPDler oder RAF-Gefangene? Nein, um die in Landsberg inhaftierten Akteure des nationalsozialistischen Staatsterrors, um Massenmörder und Verbrecher gegen die Menschlichkeit. CSU-Abgeordnete und die bayerische Staatsregierung handelten wie beschrieben und als bei der Kundgebung am 7. Januar 1951 dreihundert jüdische „Displaced Persons“ an die Opfer erinnern wollten, wurden sie von der deutschen Polizei festgesetzt. Am 30. Januar 1951 wurden fast alle Strafen herabgesetzt und bis 1958 alle in Nürnberg und Dachau verurteilten NS-Kriegsverbrecher entlassen, nach maximal 13 Jahren. Ein Dutzend Schüsse werden auf eine kurzfristig verbotene Demonstration abgefeuert. Mindestens drei jugendliche Gewerkschafter, einer parteilos, einer Sozialdemokrat, einer Kommunist, werden von hinten getroffen. Staatsterrorismus einer Militärdiktatur? Nein, an der „Jugendkarawane gegen Wiederaufrüstung und Generalvertrag“ am 11. Mai 1952 in Essen nahmen etwa 30.000 Personen teil. Polizeikommissar Knobloch erteilte den Schießbefehl und zwei der Kugeln trafen Philipp Müller tödlich. Am 2. Oktober 1952 entscheidet das Dortmunder Landgericht auf „Notwehr“, während elf Demonstranten zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren verurteilt wurden. Als der KPD-Abgeordnete Heinz Renner im Bundestag am 14. Mai 1952 einen Untersuchungsausschuss fordert, lässt ihn Bundestagspräsident Hermann Ehlers (CDU) aus dem Saal werfen. Der tödliche Schuss kam für das Opfer unerwartet. Die Presse kritisierte am nächsten Tag „SA-Methoden“ und die Polizeigewerkschaft verlangte ein Abgehen vom Kurs der „weichen Welle“ bei der „Behandlung dieser Kriminellen“. Ein RAF-Attentat? Nein, die Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967. Der SPD-Bürgermeister gab den Demonstranten die Schuld und fand jahrelang kein Wort für die Angehörigen des Toten. Ein Einsatzleiter der Westberliner Polizei entpuppte sich später als alter SS-Mann. Der Todesschütze, Kriminalkommissar Kurras, wurde am 21. November 1967 von der Anklage des Totschlags freigesprochen. In einem zweiten Prozess 1970 wurde er zwar zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, aber nach vier Monaten freigelassen. 1975 trat er erneut in den Polizeidienst. In Hamburg wird ein deutscher Polizist von einem RAF-Mitglied erschossen, der Täter legt ein Geständnis ab. Aber BKA, Bundesanwaltschaft und Gericht stellen keine individuelle Schuld fest. Eine Fiktion? Nein, Gerhard Müller, zusammen mit Ulrike Meinhof im Juni 1972 verhaftet, hatte am 21. Oktober 1971 den Polizisten Norbert Schmid erschossen. Im Frühjahr 1975 legte er bei LKA und BKA eine „Lebensbeichte“ ab. Dieses Geständnis wurde vom Generalbundesanwalt Buback unter Verschluss genommen. Er ließ Müller 1976 neu aussagen und legte eine frische Akte an. Müller wurde wegen des Mordes freigesprochen und im Gegenzug der wichtigste Belastungszeuge im Stammheimer RAF-Prozess. Als Buback am 14. Oktober 1976 als Zeuge vom Ensslin-Verteidiger Otto Schily nach der alten Akte befragt wurde, bestritt er einfach alles. Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel (SPD) erklärte, das Bekannt werden des Inhalts dieser Akte würde dem „Wohle des Bundes“ Nachteile bereiten. Müller wurde freigelassen und ist „unbekanntes Aufenthalts“. 15 Blatt dieser Geheimakte 3 ARP 74/751 sind bis heute streng geheim und die Fragen der Angehörigen bleiben unbeantwortet. Müller müsste immer noch vor Gericht gestellt werden, wenn diese Akte mit seinem Geständnis des Polizistenmords geöffnet würde. Bei der Explosion einer Bombe in einer europäischen Großstadt kommen 13 Menschen ums Leben, 211 werden verletzt, 68 davon schwer, der Attentäter wird von seiner eigenen Bombe zerfetzt. Ein islamistisches Selbstmordattentat? Nein, der Anschlag vom 26. September 1980 auf das Münchner Oktoberfest. Der Kanzlerkandidat der Union macht am Tatort „Linksterroristen“ verantwortlich. Als der umgekommene Attentäter Gundolf Köhler als Neonazi mit Verbindungen zur Wehrsportgruppe Hoffmann identifiziert wird, ist die „linke Spur“ erledigt. Trotz zahlreicher Indizien und Zeugenaussagen mit Hinweisen auf Komplizen beharrt die Bundesanwaltschaft auf einem „sozial isolierten und verbitterten Einzeltäter“ und stellt das Verfahren ein. Wiederaufnahmeanträge von Opfern und Angehörigen werden abgelehnt. Wer ein guter Mörder ist und wer ein schlechter, wer überhaupt einer ist und ob es „Mittäter“ gibt, was Terror ist und was nicht, wird nach Staatsräson entschieden. Das Nähere regeln die herrschenden Kräfteverhältnisse. Leitartikel über moralische Verantwortung, persönliche Schuld, Gnade, Reue und zivilgesellschaftliche Normen ändern da nichts dran.

Der Terror des Deutschen Herbsts 1977

Hinter den RAF-Akteuren oder bei Attentaten Getöteten verschwinden die Hunderttausende, die in den 1970er Jahren (wenn auch ideologisch gespalten) gegen Imperialismus, Reaktion, Patriarchat, Ausbeutung und Umweltzerstörung für eine emanzipatorische Perspektive lebten. Gesellschaftlichen Zusammenhängen widmet sich der aktuelle Terrordiskurs nicht, weil es dort gerade nicht um politische Inhalte, sondern um zweckdienliche Bedeutungszuweisungen und Begriffsprägungen geht. Wer die Begriffe gegen alle Realitäten besetzen will, will die Erinnerung und das Denken manipulieren: „Repression besteht darin, dass man vergisst, dass es noch andere Begriffe gab, dass man bestimmte Bedürfnisse so lange unterdrückt und verdrängt, bis man sie gar nicht mehr zu haben, ja nie gehabt zu haben scheint“ (links, 1976). 1977 steht heute als Begriff für RAF-Terror, der Staatsterror von 1977 wurde verdrängt.

Der Deutsche Herbst hatte einen langen Vorlauf. Bundeskanzler Kiesinger sprach bereits angesichts der APO im Sommer 1969 vor der 20.

Mitgliederversammlung des Bundesvorstands der Deutschen Industrie von Krieg: „Wir müssen lernen, dieser Bürgerkriegssituation richtig zu begegnen.“

Wie F.J. Strauß so einen „Bürgerkrieg“ führen würde, klang in seinem berühmten Zitat durch, dass sich die APO benähme „wie Tiere, für welche die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist“. Im März 1971 ergab eine repräsentative Allensbach-Umfrage: 51% hielten die RAF für politische Kämpfer, nur ein Fünftel stufte sie als Kriminelle ein. Spätestens 1977 hatte die RAF mit ihren Angriffen auf hohe Beamte wie Buback oder exponierte Vertreter der kapitalistischen Klasse wie Ponto oder Schleyer und ihrer Forderung nach der Freilassung der Gefangenen die Staatsräson massiv und unaufschiebbar in Frage gestellt. Dagegen richtete sich der Deutsche Herbst. Die im SS-Sicherheitsdienst und der Nazi-Justiz ausgebildeten oder in dieser Tradition stehenden Repressionspraktiker des BKA und der Staatsschutzsenate hatten Kenntnis davon, wie Staatsterror ausgeübt wird und sahen

sich wie Generalbundesanwalt Buback es 1975 formulierte: „Ich habe den Krieg überstanden. Dies ist ein Krieg mit anderen Mitteln.“ Kleiner und Großer Krisenstab mit den ehemaligen Leutnants und Oberleutnants der Wehrmacht (Schmidt, Maihofer, Wischniewski und BKA-Chef Horst Herold) begannen jeden Tag wie mit der „Feindlage“. Die Berufung auf einen „übergesetzlichen Notstand“ war der nicht erklärte Ausnahmezustand mit sechs Wochen Nachrichten- und Kontaktsperre. BKA, Bundesanwaltschaft, Geheimdienste und politische Justiz agierten mit neuer Machtfülle gegen alles, was als (mögliche) Bedrohung der Staatsräson definiert wurde: die radikale Linke. Die Repression gegen die APO und die Berufsverbote von 1972 hatten offensichtlich nicht gereicht. Schon Mitte 1976 saßen zahlreiche DemonstrantInnen und 112 "TerroristInnen" in Haft, 1977 waren es mehr. Gegen K-Gruppen liefen Verbotsanträge, die universitäre Linke wurde mit Distanzierungsaufforderungen diszipliniert und die Anti-AKW-Bewegung wurde 1977 am schnellen Brüder von Kalkar mit bundesweiten Vorkontrollen (u.a. ein von Hubschraubern gestoppter Regionalzug) bei dem bis dato größten Polizeieinsatz der BRD attackiert. Ministerpräsident Ernst Albrecht fabulierte 1977 über „sittlich gebotene Folter zur Informationsgewinnung“ und in der CSU-Bundestagsfraktion war über standrechtliche Erschießungen von Gefangenen diskutiert worden. Ende 1977 war die Frontstellung so starr, dass sie die Integrationskraft des Systems gefährdete. Ein permanenter Deutscher Herbst hätte unerwünschte Folgen gehabt, denn wenn Konfliktlösungen nicht mehr an der Wahlurne oder in Tarifverhandlungen reguliert, sondern nur noch diktiert werden, und gesellschaftliche Konflikte nicht mehr verhandelt werden können, erodiert die kulturelle Hegemonie der Bourgeoisie und ihre reibungslose Kapitalakkumulation. Staatsterroristische Herrschaft ist zumindest auf lange Sicht weniger profitabel und riskanter. Die unterschiedlichen Interessen und Fraktionen in politischer Klasse und Gesellschaft brachen nach der Abwehr der unmittelbaren Bedrohung der Staatsräson bald wieder auf.

Ab 1977 entstanden in zivilgesellschaftlichen Prozessen linke systemimmanente Projekte wie die taz oder die Grüne Partei und der 1977 noch unantastbare Big Brother Herold musste ein Jahr später wegen aufkommender Proteste gegen seine Überwachungsstaatvisionen gehen. 1980 erweiterte der neue FDP-Innenminister die rein repressive Antiterrorlinie um seinen „Baumschen Tunnel“: Abschwörer, die ihn durchkrochen, bekamen einen „fairen Prozess“. Aber auch nur die. Es war herrschaftstechnisch einfach suboptimal gewesen, linksradikalen Militanten keine Alternative jenseits von Tod, Verrat oder lebenslangem Knast zu bieten. (Die Amnestie für Demonstrationsdelikte für Hunderte APO-Mitglieder hatte gut zehn Jahre zuvor einen im Prinzip ähnlichen Zweck erfüllt: die Möglichkeit, wieder Teil der bürgerlichen Gesellschaft zu werden).

Terror und Staatsterror

Der alte Brockhaus definierte Terror als „eine gewalttätige Form des politischen Machtkampfes, insbesondere der brutalen Regierung eines Diktators zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft“, sprich: Staatsterror. Der moderne Terrorismusexperte Waldmann sieht Terror anders: „Planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund.“ In diesem staatlichen Verständnis verkörpert „Terror“ die Unmöglichkeit der Integration, wo Dialog und zivilisierte Mittel nicht helfen. Jemanden in die Nähe von „Terrorismus“ zu rücken, ist die Drohung, bereits auf Verdacht mit nötigenfalls extralegalen Mitteln gegen ihn vorzugehen. Die Zuschreibung „Terrorist“ öffnet die Büchse der Pandora: „Killfahndung“, Isolationshaft und physische Folter statt rechtsstaatlicher Verfahren. Murat Kurnaz kann das bezeugen. Sieht sich der Staat bedroht, wird „die Rebarbarisierung des Politischen zum Ehrenzeichen einer kämpferischen Zivilisation“ (Sebastian Scheerer). Diese Rebarbarisierung kann Staatsterror sein, der aber „übergesetzlicher Notstand“, „Ausnahmezustand“ oder „Sicherheitsmaßnahme“ heißt, oder das Regieren mittels der Angst vor „Terror“. „Am Ende kann es soweit kommen, dass Sicherheit und Terror ein einziges tödliches System bilden“ (Agamben).

Damit Politik mit der Angst vor dem Terror funktionieren kann, muss Terror inszeniert werden, er will und braucht ein Publikum, also Massenmedien und irgendein Drehbuch. Das kann mit Falschmeldungen geschrieben werden (wie die 1974 verbreiteten „Erkenntnisse“, dass die RAF WM-Fußballstadien mit Raketen angreifen wolle), oder auch mit gesteuerten Attentaten – siehe die Massaker der 1970er und 1980er Jahre durch faschistisch-geheimdienstliche Bomben im Rahmen der „Strategie der Spannung“ in Italien und die Oktoberfestbombe. „Sicherheitsbedrohungen“ durch staatlichen Terrorismus zu erzeugen, um dadurch eine Rebarbarisierung zu legitimieren, ist ungeheuer zynisch, aber funktional. Islamistische Bombenanschläge wie in New York, Madrid oder London passen allerdings ohne große Drehbücher nahtlos in jede Terror-Inszenierung.

Der „War on Terror“ berührt ein grundsätzliches Dilemma von Herrschaftsausübung: In einem kapitalistischen Krieg führenden Land muss die Unterscheidung zwischen staatlicher und nicht-staatlicher, illegaler, Gewalt gegen alle Realität behauptet und durchgesetzt werden. Es ist ein politisches Problem, einerseits Krieg zu führen, also tödliche Gewalt als Mittel staatlicher Politik zu nutzen, und andererseits Gewalt als Mittel gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu ächten. Immerhin muss es in dieser Konstellation den Staatsmacht projizierenden und vorsätzlich tötungsbereiten Soldaten ebenso geben wie den gewaltfreien Oppositionellen. Beide müssen im Rahmen desselben Systems gewaltfähig, bzw. gewaltlos gehalten werden. Die Unterscheidung zwischen einem Luftwaffeneinsatz, der womöglich zivile „Kollateralschäden“ verursacht und Anschlägen auf Militärbasen, von denen diese Einsätze ausgehen, muss unbedingt aufrechterhalten werden, entsprechend die Unterscheidung zwischen guten Opfern (z.B. Bundeswehrosoldaten in Afghanistan, die ein Staatsbegräbnis bekommen) und schlechten Opfern (z.B. durch NATO-Bomben getötete serbische Zivilisten, deren Angehörige keine Entschädigung erhalten). Die staatsterroristische Antwort des „War on Terror“ tötet afghanische, libanesisische oder irakische Zivilisten und verletzt die Grundrechte der einheimischen Staatsbürger.

Dieses grundsätzliche Dilemma kann durch eine zweckmäßige Bedeutungsproduktion von „Terror“ gemildert werden. Diese Aufgabe erfüllt der Terrordiskurs. Er ist kein Ergebnis einer Verschwörung, die ihn steuert, aber er wird betrieben im Sinne der Staatsräson. Er ist gesellschaftlichen Einflüssen wie denen einer konkurrierenden Presse ausgesetzt, aber unterm Strich hat er eine unstrittige Gemeinsamkeit: Kein Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol, keine Revolution. Mit anderen Worten, der Terrordiskurs richtet sich gar nicht gegen Terror, er soll vielmehr das Terrormonopol des Staates schützen.

Der RAF-Terrordiskurs

Rund um den 30. Jahrestag des Buback-Attentats war zu sehen, dass trotz „War on Terror“ und „islamistischer Bedrohung“ hierzulande noch der pure RAF-Terrordiskurs geführt wird. Zu ihm gehört spätestens seit der Debatte um die RAF-Ausstellung in den Berliner KunstWerken 2003 die Historisierung der RAF und möglichst aller Militanz. Dieser Aufgabe hat sich besonders das Hamburger Institut für Sozialforschung verschrieben, wo selbstgerecht und durchaus nicht ergebnisoffen zur theoretischen und persönlichen Abwegigkeit linksradikalen Widerstandes publiziert wird. Auf diese Damen und Herren trifft vielleicht Heiner Müllers Bonmot zu, dass in ihrer düsteren Vorzeit „ein Molotowcocktail das letzte bürgerliche Bildungserlebnis“ war.

Warum diese unsouveräne Vehemenz, mit der von Altlinken auf Militante und die gar nicht mehr existierende RAF eingedroschen wird? Lust bereitet ihnen wohl die Befriedigung, dass „die“ es politisch auch nicht geschafft haben. Womöglich spüren manche noch die Scham, damals unter dem Distanzierungsdruck des Deutschen Herbstes eingeknickt zu sein, und wehren das mit wüsten Ressentiments gegen alles, was nach RAF aussieht, ab. Ehemalige KPD/AO- oder KBW-Mitglieder wie Aly, Vollmer, Koenen, Bütikofer usw. hätten gute Gründe, über ihre Rolle in repressiven Binnenstrukturen und bei politisch verheerender Sektiererei nachzudenken. Aber statt auf Selbstkritik verfallen sie auf nach- und vorausseilende Anpassung: weil sie mal den Völkermord der Roten Khmer verteidigt haben, müssen sie heute Antiimperialismus verteuflern, weil sie mal für die Diktatur des Proletariats waren, müssen sie nun den bürgerlichen Staat lieben. Wer wie Schily oder Fischer bis an die Macht gekommen ist, hat seine repressive Anpassungsleistung staatlich lizenziert bekommen und muss sich nicht mehr erklären.

Der Terrordiskurs darf keine Gründe für militanten Kampf transportieren. Die alten RAF- und RZ-Anschläge auf US-Militärbasen sind wegen der heutigen CIA-Folter- und Nachschubflüge für den Irakkrieg von eben diesen Stützpunkten ganz tabu. Aktionen wie die Sprengung des Knastes von Weiterstadt oder

die glücklich gelaufene Lorenz-Entführung der Bewegung 2. Juni oder die internationalistischen Aktionen der Roten Zora gegen die Ausbeutung von Frauen in Weltmarktfabriken, bzw. die militante Solidarität der RZ mit Flüchtlingen und das Umlegen von Strommasten nach Tschernobyl durch Anti-AKW-AktivistInnen usw. werden tunlichst wenig erwähnt.

Der Terrordiskurs greift umstrittene und falsche RAF-Aktionen auf. Dass ihm das möglich ist, liegt in der Verantwortung der AkteurInnen für hinrichtungsartige Erschießungen, zufällige Opfer, und vor allem die Beteiligung an der Geiselnahme von ZivilistInnen bei der Landshut-Entführung. Im Fall der RZ waren die Verbindungen zur Carlos-Gruppe und der Flugzeugentführung nach Entebbe verheerend.

Der Terrordiskurs darf Personen vorführen: „Personalisierung ist das operative Mittel der psychologischen Kriegsführung“ (Texte: der raf). Gegen positive linke Ikonen wie Che Guevara oder einzelne RAF-Mitglieder wie Holger Meins oder Ulrike Meinhof stellt er das gescheiterte, geläuterte und auf jeden Fall verbrecherische Individuum. (Die kollektiv praktizierte Politik bleibt übrigens bei beiden Sichtweisen auf der Strecke.) Wenn sich ehemalige AkteurInnen des bewaffneten Kampfes heute individuell äußern – manche waren ja schon immer viel mit sich selbst beschäftigt –, befördern sie die Vereinzelung und Psychologisierung des ehemals Politischen, ihres Kollektivs. Was nie passt, sind revolutionäre Positionen und die Verteidigung kollektiver Praxis.

(Selbstverständlich ist es ein grundsätzlicher Unterschied, ob jemand wie Boock andere anscheißt oder sich integre Ex-Gefangene selbstkritisch äußern, aber in die Personalisierung eines Terrordiskurs fügt sich leider beides ein.)

Die Begnadigungsdebatte um Christian Klar belegt übrigens, auf wen der aktuelle Terrordiskurs zielt. Seine verratslose Distanzierung von der vergangenen RAF reichte nicht. Er blieb im Knast, weil er antikapitalistische Grüße an die heutige Linke schickte. Die taz machte einen barmherzigen Vorschlag: „Die Konservativen müssten anerkennen, dass die RAF sich aufgelöst hat und Geschichte ist. Sie müssten aufhören, immer noch mal siegen zu wollen. [...] Für die Täter hingegen wäre zu wünschen, dass sie die RAF endgültig auflösen würden. Das bedeutet: Sagen, wer geschossen hat, und sich zur individuellen Schuld zu bekennen, um so das Korsett des „Gruppen-Wir“ durch ein Ich zu ersetzen“ (Stefan Reinicke, 21.5.07). Anders gesagt: Verrat macht frei. Da passt der Terrordiskurs wie die Faust aufs Auge zu den Bemühungen von BAW und BKA, „individuell Schuldige“ für die RAF-Aktionen der 80er und 90er Jahre zu finden, während sie früher das Kollektiv RAF gar nicht groß genug bekommen konnten, um möglichst viele ohne mühseligen individuellen Schuldnachweis nach §129a einknasten zu können.

Ein Gespenst geht um ...

Dass der Terrordiskurs viel mit der heutigen Linken zu tun hat, zeigt auch der Kommentar von Frank Jansen im Berliner Tagesspiegel am 27.5.07:

„Revolution und Kommunismus, das ist eine zentrale Lehre der Geschichte, haben der Nachkriegslinken schwer geschadet. Das SED-Regime und die RAF [...] verkörpern auf ewig das Scheitern der deutschen Modelle totalitärer linker Ideologie. [...] Schluss mit dem Quatsch. Die wahren Linken von heute sind nicht Fidel Castro oder Untote [sic!] wie Che Guevara, Mao, Lenin, Stalin, Trotzki, Bakunin, Marx. [...] Die echten Linken heißen zum Beispiel Heiner Geißler und Al Gore.“ Und dann, mit Bezug auf den G 8 in Heiligendamm: „Die extreme Linke scheint im Kampf um die Bilder vorne zu liegen. Und sie könnte ihn gewinnen, sollte in Rostock oder am Zaun schwere Randalen gelingen. [...] Gewaltfreie, nicht-extremistische Linke müssen sich von den ‚Revolutionären‘ absetzen.“

Da ist aber jemand ziemlich besorgt, dass Revolutionäre nicht tot zu kriegen sind und das alte linke Gespenst wieder in Europa – und nicht nur da – umgeht. Zu Recht?

2007 geht es wie 1967 oder 1977 um die Wahrung der Staatsräson: Soziale Unruhen verhindern oder unterdrücken und fehlenden gesellschaftlichen Konsens übertünchen. Konkreter gesagt: zu verhindern, dass ein entnervter pauperisierter Pöbel die Vorortvillen der Reichen niederbrennt – so formulierte es ein Oberstleutnant kürzlich in einem Interview der jungen welt. Geändert haben sich allerdings die Bedingungen. Eine ganz wichtige, die Kriegsbereitschaft Deutschlands wurde bereits erwähnt. Ein weiterer wesentlicher Unterschied: Im Gegensatz zu 1977 leben kaum noch im NS Sozialisierte – ihre totale Selbstkontrolle, die auf zu lustvoll ausgeübte oder auf zu schmerzlich erlebte Gewalthandlungen folgte, und ihre abweichungshemmende, passiv und aktiv autoritäre Staatsbejahung sind nicht mehr aufrufbar. 2007 haben die Endmoränen der antiautoritären Revolte und die neoliberale Individualisierung trotz aller Ideologieproduktion diese finsternen staatsvölkischen Relikte endlich unterminiert. Weil die staatliche Repräsentanz in den Individuen zurück geht, muss 2007 die Hardware der Staatsgewalt noch weiter aufgerüstet werden: Modernere Überwachung, schärfere Gesetze, härtere Polizeiausrüstung, Bundeswehreinsetzes im Inneren usw. Der Terrordiskurs ist da die Software zur Hardware.

In dieser Welt, in der die sozialen Antagonismen weiter verschärft werden, richtet sich der Terrordiskurs gegen eine Linke, die in globalen Konflikten (z.B. G 8) und einheimischen Klassenkämpfen (z.B. Hartz IV) aktiv ist oder sein würde. Die Asymmetrie der Auseinandersetzung ist 1967 oder 1977 oder 2007 ähnlich: Die Linken kämpfen ganz grundsätzlich gegen Ausbeutung und Umwelterstörung, für weltweite Gerechtigkeit und Egalität, die Staatsorgane gegen Ordnungsstörungen und zur Verteidigung des Gewaltmonopols. In dieser Konstellation wurde und wird das politische Risiko, dass Linke kollektiv eingehen, strafrechtlich und gewaltförmig individualisiert. Solidarität und die solidarische Kultur, die für Linke lebensnotwendig sind, wurden und werden von der staatlichen Organisation des „universalen“ Terror-Verdachts bedroht (Brückner). Zwar sind die meisten globalisierungskritischen Aktionen friedlich und werden es auch bleiben – es gibt aber die staatliche Erinnerung an die ersten RAF-AktivistInnen, die die zivilen Protesttaktiken der APO von 1967-69 als zu wirkungslos kritisierten und ab 1970 den bewaffneten Kampf propagierten. Und wie wirkungsvoll sind eigentlich die heutigen zivilen Proteste? Wer da zweifelt gerät ins Visier des „universalen“ Terrorverdachts.

Allerdings: keine Repression und kein Terrordiskurs sind risikolos. Dass sie gerade Legitimation und Aufmerksamkeit für das Schaffen, was sie unterdrücken (sollen), ist ihr beständiges Problem. Beispielsweise hat das CDU-CSU-FDP-Gezeter nach Christian Klars „Grußadresse“ seinen Status als politischen Gefangenen gegen alles „Serienmörder“-Geschrei ungewollt belegt. Der SPIEGEL erzeugte mit seiner Buback-Attentat-Story über den „dritten Mann“ polizeilich unerwünschte Nebenwirkungen, zwischen den Staatsschutzbehörden entstand Streit über angeblich oder tatsächlich unterschlagene Erkenntnisse. Die jeweiligen Behörden munitionieren dann „ihre“ Medien (das BKA die SZ, die BAW den Focus und die Springer-Presse), was zu Dynamiken führen kann, in denen unangenehme Wahrheiten auftauchen: Fehlurteile, illegale Abhörmaßnahmen von Verteidigern, die geheime Müller-Akte, Spitzel usw. Im Herbst 2007 wird auch nicht mal mehr die Schleyer-Darstellung von 1977 als Boss der Bosse und Sozialpartner so funktionieren, denn zuviel wurde seitdem über seine SS-Geschichte bekannt.

Über gewisse Fallstricke des Terrordiskurses stolperte auch die Staatsagentur BAW mit ihren wortwörtlichen Schnüffeleien im Vorfeld des G8. Die Massenmedien sind auch bei der zur Terror-Inszenierung gehörenden Inszenierung antiterroristischer Maßnahmen unverzichtbar. Dummerweise hatten die aber die Latte der Terrordefinition vor dem Hintergrund des Buback-Attentats gerade auf RAF-77-Höhe gelegt. (Sollte übrigens im Terrordiskurs die Latte auf „Al-Quaida-Höhe“ gelegt werden, ließen sich solche Angriffe auf die Linke noch weniger als Terrorabwehr legitimieren. Insofern verschiebt der „War on Terror“ die Plausibilitäten des Terrordiskurses, ob es der BAW gefällt oder nicht.) Niemand, der noch seine Sinne bei einander hat, vergleicht „Farbanschläge“ mit tödlichen Salven aus einer automatischen Waffe. Abgebrannte Autos oder Sachschäden an Firmen sind keine erschossenen Bundesanwälte, Bankiers oder Politiker – und anonyme Herausgeber eines autonomen Geschichtsbuchs sind nicht die RAF. Der Terrordiskurs funktioniert nicht gegen jede Rationalität und Realität, und wenn außer der durchgeknallten BILD niemand „Berlin in Terrorangst“ sieht wirkt Antiterrorismus ganz hüllenlos wie das, was er ist: ein Angriff auf linke Strukturen. Der Hinweis der BAW, ihre Maßnahmen seien doch gesetzlich korrekt, brachte ihr nichts, denn ein Problem ist eben nicht politisch erledigt, nur weil es rechtlich entschieden ist. Das zeigten die spontanen Demonstrationen nach den Durchsuchungen und die öffentliche Kritik.

Der Terrordiskurs setzt auf Entpolitisierung, Einschüchterung und Zerstörung der kollektiven Zusammenhänge. Wenn die Linke wie immer auf

Emanzipation, Mobilisierung und Solidarität setzt, wird sie ihm nicht auf den Leim gehen.

PS. Nach Rostock/Heiligendamm

Eine vernagelte Innenstadt voller „Sicherheitskräfte“, Hunderte Wannan auf der Autobahn, Bundeswehrpanzer am Rand, Aufklärungs-Tornados über einem Camp, Guantanamo-light-Käfige, propagandistisch lügende Polizeisprecher – das führte vor, wie Ausnahmezustand aussieht. Der Staat hat sein Gewaltmonopol demonstriert, massenhaft auf nicht legale Methoden zurückgegriffen und vor der Küste Tote in Kauf genommen. Demgegenüber ist das Scharmützel nach der Samstagdemo eigentlich unwesentlich. Aber mittels massenmedialer Bedeutungszuweisungen wie beim Terrordiskurs musste es zur Legitimierung der „Sicherheitsmaßnahmen“ herhalten. „Die Autonomen“ und gute „Globalisierungskritiker“ wie attac sollten gespalten werden. Diese Inszenierung brach am Blockade-Mittwoch mit den Lügen über 400 (schwer)verletzte Polizisten und angebliche Millionenschäden zusammen. „Die Autonomen“ und „friedliche Globalisierungsgegner“ agierten gemeinsam in den Blockaden. Das ist zweifellos ein großer Erfolg, dass sich die AktivistInnen durch die Distanzierungen einiger Sprecher nicht spalten ließen und diese Massen gut organisiert zum Zaun durchkamen und Merkel seltener im Bild war als Blockaden, Kühe und Wasserwerfer. Aber genau deshalb wird der Versuch, „gewaltbereite Chaoten“ in einem variierten Terror- und Gewaltdiskurs als Metapher für eine revolutionäre Linke benutzen, um diese zu bedrohen, zu spalten und ihre reale Politik hinter massenmedialen Bedeutungszuweisungen und Inszenierungen verschwinden zu lassen, nun erneuert werden.

Rostock/Heiligendamm war wahrlich nicht der Deutsche Herbst, aber die Drohung mit dem Ausnahmezustand wurde bei diesem G 8 aktualisiert. Hinter dem Zaun lauerte die Rebarbarisierung.

>> Literaturliste

Eine kleine Auswahl zum Thema, ohne Anspruch auf Vollständigkeit

agit 883: Bewegung, Revolte, Underground in Westberlin 1969-1972

Ein Rückblick auf das linksradikale Zeitungsprojekt, Rotaprint 25 (Hrsg.)

Assoziation A, Hamburg/ Berlin 2006

• **Die alte Straßenverkehrsordnung.** (Hrsg.: Bittermann, Klaus)

Dokumente der RAF.

Berlin: Edition Tiamat 1986; 213 S.; ISBN 3-923118-06-6; (Critica Diabolis; 12)

enth. die Beiträge: Wolfgang Pohrt, Gewalt und Politik; Rote Armee Fraktion, Das Konzept Stadtguerilla; Kollektiv RAF, Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa; Klaus Hartung, Friedfertige Überlegungen zur Gewaltfrage; Gabriele Goettle, Die Normalität der Gewalt; Joachim Bruhn, Randalie und Revolution; Karl Heinz Roth, Die historische Bedeutung der RAF; Klaus Bittermann, Die Arbeit des Verdrängens

• **Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams.** (Hrsg.: ID-Archiv im IISG)

Berlin ...: Edition ID-Archiv 1994; 315 S.; ISBN 3-89408-043-4;

Aufsatzsammlung; 1989 -; Bundeskriminalamt; Rote Armee Fraktion; Stadtguerilla; Bundesgrenzschutzinheit GSG 9; Bad Kleinen (1993); Grams, Wolfgang (-1993); Hogefeld, Birgit

• **Bakker Schut, Pieter H.**: Stammheim.

Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion.

Kiel: Neuer Malik-Verl. 1986; 685 S.; ISBN 3-89029-010-8;

; 1968 - 1989; Isolationshaft; Schleyer, Hanns Martin; Hungerstreik; Repression; Massenmedien; Haftbedingungen; Justiz; Rechtsanwälte; Politischer Prozeß; Baader, Andreas (1944-1977); Stadtguerilla; Rote Armee Fraktion; Stammheim; BRD <1949-1990>; Meinhof, Ulrike (1934-1976); § 129 ff.

• **Baumann, Bommi [d.i. Baumann, Michael]** Wie alles anfang.

München: Trikont 1976; 141 S.;

Dieses Buch wurde am 24.11.75 beschlagnahmt und wurde trotz des Verbotes von nachfolgenden Personen und Verlagen neu herausgegeben. Nach drei Jahren Kampf gegen die Zensur jetzt freigegeben. Wolfgang Abendroth ... Außerdem vorh.: - Auflage nach Beschlagnahmung von 1976 und Duisburg: Trikont, 1984. - 2. Aufl. 172 S. ISBN 3-88974-068-5

; 1968 - 1989; Gegenkultur; Arzneimittel; Terrorismus; Bullen; Bewegung 2. Juni (Berlin/West); Stadtguerilla; Staatsterrorismus; Rote Armee Fraktion; Berlin/West; Strafvollzug

· **Der Blues.**

Gesammelte Texte der Bewegung 2. Juni; Bd. 1-2.

Dortmund: Schwarzer Stern 2001; 926 S.;

außerdem vorh.: Untergrundaussgabe, ca. 1980. DIESE NICHT ENTLEIHBAR

Einführung; Aufsatzsammlung; 1968 - 1989; Stadtguerilla; Widerstand; Musik; Attentat; Terrorismus; Linksradikalismus; Isolationshaft; Hungerstreik; Gefängnis; Gefangene; Repression; Justiz; Bewegung 2. Juni (Berlin/West); Berlin/West; BRD <1949-1990>; Zahl, Peter-Paul

· **Brückner, Peter; Sichtermann, Barbara:** Gewalt und Solidarität.

Zur Ermordung Ulrich Schmückers durch Genossen: Dokumente und Analysen.

Hannover: Internationalismus Verl. ca. 1977; 123 S.;

außerdem vorh.: Wagenbach Verlag 1974 (Politik; 59)

Druckschrift; 1968 - 1989; Bewegung 2. Juni (Berlin/West); Repression; Rote Armee Fraktion; Hinrichtung; Fememord; Langer Marsch; Widerstand; Todesstrafe; BRD <1949-1990>

· **Brückner, Peter:** Über die Gewalt.

Sechs Aufsätze zur Rolle der Gewalt in der Entstehung und Zerstörung sozialer Systeme.

Berlin: Wagenbach 1979; 141 S.; ISBN 3-8031-1085-8; (Politik; 59)

Brückner Peter: Die Mescalero-Affäre

Ein Lehrstück für Aufklärung und politische Kultur

Internationalismus Buchladen und Verlagsgesellschaft mbH.

Königswörther Straße 19, 3000 Hannover 1

3., erw. Auflage 1978

Peter Brückner zum Gedenken

Das Disziplinarverfahren. Urteil der Disziplinarkammer..

Kommentare zum Urteil. Würdigung: Brückner und wir.

Komitee für Grundrechte und Demokratie, Mai 1972

Ein ganz gewöhnlicher Mordprozeß (Hrsg.: Dethloff, Klaus; Golzem, Armin; Hannover, Heinrich; u.a.)

Das politische Umfeld des Prozesses gegen Roland Otto, Karl Heinz Roth und Werner Sauber.

Berlin/W.: Rotbuch 1978; 159 S.; ISBN 3-88022-198-7; (Rb; 198)

BRD <1949-1990>; Stadtguerilla; Köln; Gerichtsverfahren; Roth, Karl-Heinz; Otto, Roland; Sauber, Werner; 1968 - 1989

· **Die Früchte des Zorns.** (Hrsg.: Internationales Archiv für Sozialgeschichte)

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora. Bd. 1-2.

Berlin: Edition ID-Archiv 1993; 797 S.; ISBN 3-89408-023-X ; 3-89408-024-9;

Ausgabe in 2 Bänden; 2. Ex.

Quellensammlung; Aufsatzsammlung; 1968 - 1989; Startbahn West (Frankfurt/Main); Gegenkultur; Bullen; Polizei-Methoden; Stadtguerilla; Sozialrevolutionäre Bewegung; Geschichtlicher Überblick; Frauenbewegung; Rote Zora; Revolutionäre Zellen; Repression; BRD <1949-1990>; Bundesrepublik Deutschland <1990- >

Hein, Peter: Stadtguerilla / bewaffneter Kampf in der BRD und Westberlin. (Hrsg.: IISG)

Eine Bibliographie mit den ersten programmatischen Erklärungen und Interviews der Gruppen: RAF, Bewegung 2. Juni, Revolutionäre Zellen und Rote Zora.

Amsterdam: Dietrich, Hoffmann, Schindowski 1989; 153 S.; ISBN 3-89408-102-3; (Edition ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG))

2 Ex. bei 72.01. Außerdem vorhanden: Peter Hein, Stadtguerilla und bewaffneter Kampf in der BRD. Ergänzungsband zur Bibliographie, Berlin ... 1993

Bibliographie; Programm; 1968 - 1989; Justiz; Bullen; Gefängnis; Bewegung 2. Juni (Berlin/West); Rote Armee Fraktion; Revolutionäre Zellen; Rote Zora; Stadtguerilla; Berlin/West; BRD <1949-1990>; Geheimdienst

· **Hein, Peter:** Stadtguerilla und bewaffneter Kampf in der BRD.

Ergänzungsband zur Bibliographie.

Berlin: Edition ID-Archiv 1993; 59 S.; ISBN 3-89408-103-3;

Außerparlamentarische Opposition; Geheimdienst; Zensur; Justiz; Stadtguerilla; BRD <1949-1990>; Rote Armee Fraktion; Bewegung 2. Juni (Berlin/West); Revolutionäre Zellen; Rote Zora

· **'Holger, der Kampf geht weiter!'**

Dokumente und Beiträge zum Thema Stadtguerilla.

Gaiganz: Polittladen 1975; 349 S.; ISBN 3-8115-0000-7; (Gegendrucke ; 1)

Aufsatzsammlung; 1968 - 1989; Repression; Isolationshaft; Presse/Verlagswesen; Haftbedingungen; Attentat; Hungerstreik; Stadtguerilla; Bewegung 2. Juni (Berlin/West); Rote Armee Fraktion; Sozialistischer Deutscher Studentenbund; Staatsterrorismus; Berlin/West; BRD <1949-1990>; Baader, Andreas (1944-1977); Dutschke, Rudi (1940-1979); Meinhof, Ulrike (1934-1976)

Dutschke Rudi: Jeder hat sein Leben ganz zu leben

Die Tagebücher 1963 – 1979;

Verlag Kiepenheuer + Witsch, 2003; ISBN 3-462-03224-0

Krahl Hans-Jürgen: Konstitution und Klassenkampf

Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution

Schriften, Reden und Entwürfe aus den Jahren 1966-1970

Verlag Neue Kritik; 3. Auflage 1977; ISBN 3 8015 00977

· **„Starbuck Holger Meins“**, Gerd Conradt Portraet als Zeitbild

ESPRESSO Verlag Berlin, 2001; ISBN 3-88520-788-5;

· Der Kampf gegen die Vernichtungshaft.

Reden der Gefangenen aus der RAF im Baader-Befreiungsprozess.

ca. 1976; 284 S.;

Druckschrift; 1968 - 1989; Menschenrechtsverletzung; Isolationshaft; Strafvollzug; Politische Haft; Haftbedingungen; Politischer Prozeß; Hungerstreik; Gefängnis; Rote Armee Fraktion; Terrorismus; Folter; Stammheim; BRD <1949-1990>; Staatsanwälte

· **Meinhof, Ulrike Marie:** Die Würde des Menschen ist antastbar.

Aufsätze und Polemiken.

Berlin/W.: Wagenbach 1986; 190 S.; ISBN 3-8031-2962-4; (WAT; 62)

Essay; 1945 - 1968; Vietnam-Krieg (1965-1970); Politischer Prozeß; Nationalsozialismus; Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD); BRD <1949-1990>; Strauß, Franz Joseph (1915-); Adenauer, Konrad (1876-1967)

· **Meinhof, Ulrike:** Deutschland, Deutschland unter anderem.

Aufsätze und Polemiken.

Berlin: Wagenbach 1995; 158 S.; ISBN 3-8031-2253-8; (WAT; 253)

Konkret-Artikel U. Meinhofs aus den Jahren 1960-1969

; Aufsatzsammlung; Außerparlamentarische Opposition; Notstandsgesetze; 2. Hälfte 20. Jahrhundert; BRD <1949-1990>; Vietnam-Krieg (1965-1970); Rote Armee Fraktion

Der Tod Ulrike Meinhofs: Bericht der internationalen Untersuchungskommission,

Paris 1979; unrast reprint 2007, ISBN 987-3-98771-954-5

rote hilfe, Dokumente und Analysen zur politischen Strafjustiz seit 1945

Internationale Marxistische Diskussion, Arbeitspapiere no.17 Merve Verlag, 1975

Rote Armee Fraktion.

Texte und Materialien zur Geschichte der RAF.

Berlin: ID-Verlag 1997; 542 S.; ISBN 3-89408-065-8;

Enthält die bis dato ausführlichste Zusammenstellung von Texten der RAF

; Aufsatzsammlung; Erklärung; Rote Armee Fraktion; 1968 - 1989; bewaffneter Kampf; Stadtguerilla

· **Roth, Karl Heinz; Teufel, Fritz:** Klaut sie!

(Selbst-)Kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla.

Berlin/W.: IVA-Verl. 1979; 118 S.; ISBN 3-88266-017-1; (Internationale Taschenbücherei ; 017)

2. Ex. vorh.

Intelligenz (soziale Gruppe); Alternativbewegung; Stadtguerilla; Rote Armee Fraktion; Hungerstreik; Bewegung 2. Juni (Berlin/West); ; Untergrundbewegung

Soukup Uwe: Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967

Verlag 1900 Berlin, 1. Auflage Mai 2007-09-24; ISBN 978-3-930278-67-1

· **Schiller, Margrit:** 'Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung'. (Hrsg.: Mecklenburg, Jens)

Ein Lebensbericht aus der RAF.

Hamburg: Konkret Literatur Verl. 1999; 272 S.; ISBN 3-89458-181-6;

Nachwort: *Oswaldo Bayer*

Rote Armee Fraktion; BRD <1949-1990>; Autobiographie; Hungerstreik; Isolationshaft; Meinhof, Ulrike (1934-1976); Stadtguerilla

· **Stadtguerilla und Soziale Revolution.**

(Die 'Baader-Meinhof-Bande' oder Revolutionäre Gewalt).

Haarlem: Editora Queimada 1975; 210 S.;

Enth.: Peter Paul Zahl, Dass System macht keine Fehler. Es ist der Fehler; Emile Marensin (Pseudonym), Von der Vorgeschichte zur Geschichte; Interview mit W. Biermann; 2 Ex. 1. Aufl. unter dem Titel: Die 'Baader-Meinhof-Bande' oder Revolutionäre Gewalt

Aufsatzsammlung; 1968 - 1989; Rote Armee Fraktion; Stadtguerilla; Arbeiterklasse; Revolution; Französische Mai-Revolte 1968; Frankreich; BRD <1949-1990>; Baader, Andreas (1944-1977); Meinhof, Ulrike (1934-1976)

· **Tolmein, Oliver; Winkel, Detlef zum:** Nix gerafft.

10 Jahre Deutscher Herbst und der Konservatismus der Linken.

Hamburg: Konkret Literatur Verl. 1987; 166 S.; ISBN 3-922144-66-7;

; 1968 - 1989; Schleyer, Hanns Martin; Rote Armee Fraktion; Deutscher Herbst (1977); Konservatismus; BRD <1949-1990>; Baader, Andreas (1944-1977);

Ensslin, Gudrun (1940-1977); Raspe, Jan-Carl

· **Tolmein, Oliver:** Vom Deutschen Herbst zum 11. September.

Die RAF, der Terrorismus und der Staat.

Hamburg: Konkret Literatur Verl. 2002; 256 S.; ISBN 3-89458-204-9;

Rote Armee Fraktion; BRD <1949-1990>; Bundesrepublik Deutschland <1990- >; Stadtguerilla; bewaffneter Kampf; Deutscher Herbst (1977); Isolationshaft; Stammheim; Antiimperialismus; Erinnerungskultur; Hungerstreik

· **Die Unbeugsamen von der Spree.**

Interview mit Ronald Fritsch, Gerald Klöpfer, Ralf Reinders, Fritz Teufel.

Berlin/W.: Eigendruck: Knastverlag 1978; 80 S.;

Druckschrift; 1968 - 1989; Alternativbewegung; Spontibewegung; Repression; Haftbedingungen; Justiz; Stadtguerilla; Rote Armee Fraktion; Staatsterrorismus; Gefängnis; Bewegung 2. Juni (Berlin/West); Berlin/West; Untergrundbewegung

· **Viett, Inge:** Nie war ich furchtloser.

Autobiographie.

Hamburg: Edition Nautilus 1996; 318 S.; ISBN 3-89401-270-6;

; BRD <1949-1990>; Berlin/West; Deutsche Demokratische Republik <1949-1990>; Stadtguerilla; Bewegung 2. Juni (Berlin/West); Rote Armee Fraktion; Autobiographie; Lorenz-Entführung (1975); Rote Hilfe (BRD); Isolationshaft; Palästinenser; Libanon; Ministerium für Staatssicherheit (DDR); Meins, Holger; Schmücker-Verfahren; Terrorismus; Gefangene; Meinhof, Ulrike (1934-1976); Palästinensische Befreiungs-Organisation (PLO); Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP)

· **Wisniewski, Stefan:** Wir waren so unheimlich konsequent

Ein Gespräch zur Geschichte der RAF.

Berlin: ID-Verlag 2001; 59 S.; ISBN 3-89408-074-4;

außerdem vorh. spanische Ausg.: Fuimos terriblemente consequentes, Barcelona 2002

; Interview; Rote Armee Fraktion; 1968 - 1989; Stadtguerilla; Schleyer, Hanns Martin; Isolationshaft

· **Zwischenberichte** (Hrsg.: IG-Rote Fabrik)

Zur Diskussion über die Politik der bewaffneten und militanten Linken in der BRD, Italien und der Schweiz. incl. Auflösungserklärung der RAF.

Berlin: ID-Verlag 1998; 247 S.; ISBN 3-89408-073-6;

Enth. u.a.: *Primo Moroni: 'Erlebte Geschichte - Militante Linke und Geschichtsschreibung'*

; *BRD <1949-1990>; Italien; Schweiz; Aufsatzsammlung; 1968 - 1989; bewaffneter Kampf; Rote Armee Fraktion; Brigade Rosse (Italien); Bewegung 2. Juni (Berlin/West); Repression; Autonome*

>> Die alten Wunden brechen wieder auf

Artikel zu neueren Verhaftungen ehem. Black Panther aktivisten

Die alten Wunden brechen wieder auf

von Sebastian Moll / Frankfurter Rundschau

Für die Nachbarn an der 145. Straße in Queens, einem beschaulichen New Yorker Wohnviertel mit Einfamilienhäusern, war Francisco Torres der freundliche ältere Herr von nebenan. Er pflanzte in jedem Frühjahr Stiefmütterchen vor dem Haus, half der alten Dame von nebenan ihren Müll an die Straße zu bringen und besserte seine Pension mit Übersetzungen aus dem Spanischen auf. Deshalb war es ein Schock, als vergangene Woche in Queens plötzlich drei Polizeistreifen vorfahren und Riviera in Handschellen abführten.

Francisco Torres war einer von acht Männern, alle im Alter um die 60, die in Kalifornien, New York und Florida fest genommen wurden. Ihnen wird vorgeworfen, vor 36 Jahren in einer Serie von Überfällen auf Polizeireviere in Kalifornien Polizisten kaltblütig ermordet zu haben. Francisco Torres etwa soll zusammen mit einem Komplizen in ein Polizei-Revier in San Francisco gestürmt sein und ohne Warnung um sich geschossen haben. Dabei kam der Polizist John Young ums Leben.

Den späten Zeitpunkt der Verhaftungen begründete das FBI damit, dass es erst jetzt dank moderner Fahndungsmethoden möglich geworden sei, gegen die Verdächtigen stichhaltige Beweise vorzubringen. Im Fall von Riviera sind das Fingerabdrücke auf einem Feuerzeug, das er am Tatort verloren hatte.

So wurden Torres und seine Mitangeklagten jäh aus einer sicher geglaubten bürgerlichen Existenz gerissen. Amerika wird an eine Episode seiner Geschichte erinnert, die beinahe gänzlich in Vergessenheit geraten war. Die acht Männer waren damals Mitglieder der Black Liberation Army (BLA), des militanten Zweiges der radikalen Black Panther Party. Und so muss sich Amerika - wie derzeit auch wieder Deutschland - plötzlich mit der Frage beschäftigen, ob die Gewalt-Exzesse der sechziger und siebziger Jahre verjährt sind.

Wer die BLA war, wissen heute in den USA nur noch wenige. Während Martin Luther King Jr. mittlerweile ein Nationalfeiertag gewidmet wird, sind Namen wie Huey Newton, Stokely Carmichael und Eldridge Cleaver nur noch Leuten bekannt, die die sechziger Jahre erlebt oder sich damit intensiv beschäftigt haben. Die etablierte Geschichtsschreibung ehrt den zivilen Ungehorsam und den Mut zum gewaltfreien Widerstand. Die Tatsache, dass es einen zornigen Terrorismus von innen gab, wird hingegen gerne ignoriert.

Dabei hatte die Black Power Bewegung, aus der die Black Panthers und schließlich auch die BLA hervorgingen, Ende der sechziger Jahre in den USA eine immense Zugkraft. In seinem neuen Buch über Black Power zitiert der Journalist Peniel Joseph sogar Martin Luther King selbst, der dazu mahnte, "die Werte von Black Power ernst zu nehmen." Immer wieder geriet King so nahe an den Rand seiner Kraft und seiner Geduld, dass der radikalere Weg von Black Power ihm sehr verlockend erschien. "Macht ist nicht das Erbrecht des weißen Mannes", sagte King einmal. "Aber es wird sie niemand für uns hübsch verpacken und sie uns als Gesetzespaket freiwillig übergeben." Die Rhetorik kam der von Black Power sehr nahe.

Als Urszene von Black Power wird gemeinhin Stokely Carmichaels Rede während des Friedensmarsches 1966 durch Mississippi gesehen, den King organisierte hatte. Carmichael war verhaftet worden, kehrte nach einer Nacht im Gefängnis zu den Marschierenden zurück und sagte: "Das ist das 27. Mal, dass ich verhaftet wurde. Und es war das letzte Mal. Die einzige Art und Weise, wie wir den weißen Mann davon abhalten können uns zu misshandeln, ist, in dem wir die Macht an uns reißen. Ab jetzt fordern wir 'Black Power'."

Carmichael wurde bald zum Vorsitzenden der Black Panther Party, die ein Jahr zuvor Huey Newton und Bobby Seale in San Francisco gegründet hatten. Ihre offizielle Ideologie war ein vergleichsweise kruder Maoismus, zeitweise vermischt mit den pan-afrikanistischen Ideen des ghanaischen Präsidenten Kwame Nkrumah und des radikalen US-Bürgerrechtlers Malcolm X. Vor allem strahlten sie jedoch wegen ihrer unbeugsamen Pose auf viele Afro-Amerikaner der Zeit eine unwiderstehlichen Anziehung aus. "Sie waren stolz, schwarz und stark. Und sie hatten eine Garderobe, von der man nur träumen konnte", erinnert sich Henry Louis Gates, heute Professor für afroamerikanische Studien in Harvard. Der schneidige Auftritt mit schwarzen Baretts, Lederjacken und engen schwarzen Rollkragpullis, machte Newton und Carmichael zu Popikonen und inspirierte den Schriftsteller Tom Wolfe zu seinem zynischen Aufsatz über "radical chic."

Am Anfang beschränkten die Panther sich auf Selbstverteidigung. Sie wollten demonstrieren, dass sie sich gegen Polizeigewalt zur Wehr setzen würden. Als der Staat Kalifornien das Tragen von Feuerwaffen verbieten wollte, marschierten uniformierte Black Panther mit durchgeladenen Gewehren vor dem Staatskapitol auf. In schwarzen Ghettos wie Oakland umzingelten bewaffnete Panther wie aus dem Nichts Polizeistreifen und hinderten sie daran, schwarze Autofahrer anzuhalten und zu schikanieren.

Das martialische Auftreten sowie immer häufigere Feuergefechte mit der Polizei lösten Ende der sechziger Jahre eine massive Gegenoffensive aus. FBI-Chef J. Edgar Hoover identifizierte die Black Panther als die "größte innere Gefahr" für die USA und ließ die mittlerweile mehrere tausend Mitglieder starke Partei von Hunderten von Agenten unterwandern. In Chicago richtete das FBI den Panther-Anführer Fred Hampton und seine Familie in dessen Wohnung regelrecht hin.

Unter dem Druck des FBI spaltete sich die Partei in einen zivilen Arm, der sich geläutert gab und auf Sozialarbeit in den Schwarzen Ghettos konzentrierte, sowie in einen militanten, der in den Untergrund ging. Der zivile Arm unter Huey Newton fiel nach und nach den Drogenproblemen seines Anführers zum Opfer. Der militante Arm, die Black Liberation Army unter Eldridge Cleaver verschrieb sich hingegen dem bewaffneten revolutionären Kampf.

Bis 1981 kam es immer wieder Bankrauben und zu Schießereien mit der Polizei, wie etwa jene, wegen der jetzt die acht alten Männer verhaftet wurden. Das Attentat, dessen sie beschuldigt werden, galt als Rache für den Tod eines Black-Panther-Anführers, der auf der Flucht aus dem Staatsgefängnis St. Quentin erschossen worden war. Francisco Torres und sein Bruder Gabriel Torres-Riviera waren bereits 1971 wegen des Mordes an zwei New Yorker Polizisten angeklagt, das Gericht jedoch stellte damals das Verfahren wegen Mangel an Beweisen ein.

Gerade angesichts der Tatsache, dass sich an diese Episode der amerikanischen Geschichte kaum jemand mehr erinnert, wundern sich in den USA nicht wenige, was der Staat heute noch von den alten Männern will. "Das war doch eine andere Zeit", sagt etwa Elizabeth Fink, eine Rechtsanwältin, die bereits in anderen Fällen Mitglieder der Black Liberation Army vertreten hat. "Man sollte diese Leute in Ruhe lassen." Dass die Staatsanwaltschaft 36 Jahre lang verbissen weiter ermittelte, kann Fink nicht verstehen. "Das FBI hasst bis heute diese Leute", glaubt Stuart Hanlon, der Verteidiger von Hermann Bell, einem der Angeklagten.

Die Vergangenheit ist für manche in den USA eben noch nicht vorbei. Ein wenig dürfte da bei der Ordnungsmacht wohl auch die Angst mitschwingen, dass sich schwarzer Zorn jederzeit wieder in Gewalt entladen kann. Die letzten Unruhen in schwarzen Ghettos sind schließlich erst 13 Jahre her. Im Stadtteil South Central in Los Angeles oder in den verwüsteten Straßen von New Orleans ist die Gewalt noch immer an der Tagesordnung. Die Probleme, die einst Männer wie Francisco Torres zu Terroristen hat werden lassen, sind weitgehend ungelöst.

>> Die braunen Wurzeln des BKA

Artikel aus der NRHZ

Dieter Schenk- auf dem rechten Auge Blind - Die braunen Wurzeln des BKA

Artikel von Hans Georg in der NRHZ-Online-Zeitung

Er sei auf „Interesse und Offenheit“ bei den Mitarbeitern des Bundeskriminalamts (BKA) gestoßen, als er angeregt habe, sich mit dem nationalsozialistischen Erbe der höchsten deutschen Polizeibehörde zu befassen, erklärte unlängst BKA-Präsident Jörg Ziercke. Ein erstaunlicher Wandel: Noch vor kurzem war es mit der beschworenen Offenheit nicht weit her. „Trotz eines Vorlaufes von über einem Jahr“ habe er „kein Blatt Papier aus dem

Bundeskriminalamt“ zur Auswertung erhalten, schreibt Dieter Schenk im Vorwort zu seinem Buch über die „braunen Wurzeln des BKA“.

Schenk, selbst von 1980 bis 1989 als Kriminaldirektor in der Behörde tätig, gelang dennoch der Nachweis, dass das BKA im Jahr 1951 als „organisatorische(r) Abklatsch des Reichskriminalpolizeiamtes“ gegründet wurde. Das verwundert nicht: Fast das gesamte Führungspersonal der ersten Jahre hatte seine beruflichen Erfahrungen in der Sicherheitspolizei des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, erworben.

Viele leitende BKA-Beamte waren zur NS-Zeit an schweren Verbrechen bis hin zum Völkermord beteiligt. Sie jagten als „asozial“ diffamierte Sinti und Roma, sorgten für den reibungslosen Ablauf der Deportation jüdischer Menschen in Konzentrations- und Vernichtungslager und verfolgten entlohene Zwangsarbeiter, die nach den militärischen Überfällen auf Polen (1939) und die Sowjetunion (1941) ins Deutsche Reich verschleppt worden waren. In den von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs besetzten Gebieten ermordeten sie unter dem Vorwand der „Partisanenbekämpfung“ unzählige Zivilisten und beteiligten sich an Massenexekutionen von Juden und Kommunisten.

Unter der schützenden Hand des CIA

Einer dieser Kriegsverbrecher war Dr. Bernhard Niggemeyer, neben dem ehemaligen Abwehroffizier der Wehrmacht, Paul Dickopf, einer der „Architekten des BKA“ und bis zu seiner Pensionierung 1968 Leiter des „Kriminalistischen Instituts“ der Behörde. Niggemeyer, Jahrgang 1908, ging 1936 zur Kriminalpolizei, trat 1937 der NSDAP bei und wurde 1943 zum SS-Sturmbannführer ernannt.

Wegeln dieser Funktion übernahm er die Leitung der „Geheimen Feldpolizei“ (GFP) im Bereich der Heeresgruppe Mitte im von deutschen Truppen besetzten Weißrussland. Allein die Niggemeyer unterstellte GFP-Gruppe 723 ermordete bis September 1943 insgesamt 3.137 Menschen, denen willkürlich, etwa wegen „jüdischen Aussehens“, Partisanentätigkeit vorgeworfen wurde. Während Paul Dickopf, der 1965 zum BKA-Präsidenten avancierte, die vormaligen NS-Kriminalisten aus dem Reichskriminalpolizeiamt um sich scharte, betätigte sich Niggemeyer laut Schenk als „pater familias für die Ehemaligen der Geheimen Feldpolizei“. Deren Angehörige wurden bevorzugt im „Kriminalistischen Institut“ des BKA untergebracht.

Es ist beinahe müßig zu erwähnen, dass kaum einer der leitenden BKA-Beamten für seine zwischen 1933 und 1945 begangenen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen wurde. Dies lag, wie Schenk nachweist, zum einen daran, dass der US-Geheimdienst CIA seine schützende Hand über die „Alt-Kriminalisten“ hielt. Auch hatte die westdeutsche Justiz keinerlei Interesse an einer Strafverfolgung von NS-Tätern, da sie selbst von ehemaligen Nationalsozialisten durchsetzt war. Kam dennoch ein Verfahren in Gang, sah sich das BKA in der vorteilhaften Position, „gegen sich selbst“ zu ermitteln.

Nazi-Konzepte bruchlos übernommen

Schenk zeigt nicht nur, dass die Kriminalisten des BKA nahtlos an ihre NS-Karrieren anknüpfen konnten, sondern auch, dass sie die nationalsozialistischen Konzepte der „Kriminalitätsbekämpfung“ bruchlos übernahmen. So erlebte beispielsweise die rassistische Verfolgung der Sinti und Roma in den 1950er Jahren unter der Leitung der Landeskriminalämter und des BKA eine Neuauflage.

Dr. Josef Ochs, Leiter des „Ermittlungsdienstes“ der vom BKA für den Schutz westdeutscher Politiker aufgestellten „Sicherungsgruppe Bonn“, sprach analog der NS-Diktion von einer „Landfahrerplage“, die es nach lückenloser Erfassung der inkriminierten Menschen zu „bekämpfen“ gelte, denn es handele sich um einen „notorischen Verbrechertyp“. Ochs verfügte über einschlägige Erfahrungen: 1941 war der Kommissar zur Düsseldorfer Kripo versetzt worden, wo er für die Bereiche „Erkennungsdienst“, „Meldedienst“ und „Vorbeugung“ zuständig war. Ein britisches Militärgericht klagte ihn nach dem Ende des

Zweiten Weltkriegs wegen der Ermordung von Zwangsarbeitern an; er verteidigte sich mit dem Argument, bei den Opfern habe es sich um „plündernde Fremdarbeiter“ gehandelt.

Folgt man Schenk, sind NS-Traditionen bis heute im BKA lebendig. Zu nennen wären der tief verwurzelte Antikommunismus, der das Amt rechtsextremistische Verbrechen wie Kavaliersdelikte behandeln lässt, und die Bereitschaft zur Kooperation mit Rechtsbrechern, die sich in einer intensiven polizeilichen Zusammenarbeit mit zahlreichen „Folterregimes“ weltweit ausdrückt. Den zuletzt genannten Punkt - wegen der so genannten Anti-Terror-Kooperation des BKA mit mehreren Folterbehörden im Nahen Osten besonders aktuell - hat Präsident Ziercke bei seiner Ankündigung, die „braunen Wurzeln“ seiner Behörde erforschen zu wollen, nicht einmal erwähnt.

>> Wertvolle Impulse

Artikel aus der NRHZ zu NS-Traditionen in BKA, BGS und GSG 9

Wertvolle Impulse - NS-Tradition in BKA, BGS und GSG nach wie vor lebendig

Artikel von Hans Georg in NRHZ

Der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Jörg Ziercke, warnt vor Vergleichen zwischen staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen während der NS-Zeit und heutigen Methoden der Polizeirepression. Anlass ist eine Tagung über die Vergangenheit mehrerer BKA-Gründer aus dem Terrorsystem des Deutschen Reichs. Wer „Begrifflichkeiten aus der NS-Zeit und aus der DDR-Geschichte“ heute anwende – „beispielsweise ‚Präventionsstaat‘ oder ‚Überwachungsstaat‘“ – relativiere die „Leiden der Opfer“, behauptet der BKA-Chef und versucht so, offen liegende Kontinuitäten bei der beispiellosen aktuellen Ausweitung polizeilicher Überwachung aus den historischen Zusammenhängen zu lösen.

Aufklärung

Wie das BKA auf Anfrage bestätigt, findet am 20. September das zweite von drei Kolloquien statt, in denen die Geschichte der Wiesbadener Polizeibehörde behandelt werden soll. Präsident Ziercke zufolge geht es um personelle, organisatorische und ideologische Einflüsse der NS-Polizeiapparate auf Neugründungen in der Bundesrepublik. Ziercke gibt unumwunden zu, dass hochrangige Beamte seiner Behörde in NS-Verbrechen verwickelt waren. "Ich sehe aber, dass Ende der sechziger Jahre, Anfang der siebziger Jahre viel Altes über Bord geworfen wurde", behauptet der BKA-Präsident.[1] Kritik an der beispiellosen gegenwärtigen Ausweitung polizeilicher Kompetenzen weist Ziercke zurück: Wer Begriffe wie "Überwachungsstaat" oder "Schnüffelstaat" benutze, stelle "unsere heutige Polizei in die Nähe der nationalsozialistischen Polizei oder anderer totalitärer Staaten" und "relativiere (...) das totalitäre diktatorische Regime der NS-Zeit". Demnach haben kritische Äußerungen über die staatliche Durchdringung stets neuer Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu unterbleiben, weil diese Kritik auch auf frühere NS-Methoden zutreffen könnte.[2]

BKA-Chef Ziercke: „Viel Altes über Bord geworfen.“

Quelle: www.bmi.bund.de

Abklatsch

Bereits seit Jahren ist bekannt, dass es sich bei dem 1951 auf Geheiß des (west-)deutschen Bundesinnenministeriums gegründeten BKA um einen unmittelbaren "organisatorischen Abklatsch" des Reichskriminalpolizeiamtes (RKPA) aus dem vormaligen NS-Reich handelte. Das RKPA war Teil des von SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich geschaffenen Reichssicherheitshauptamts (RSHA), der Terrorzentrale NS-Deutschlands. Fast das gesamte Führungspersonal der Nachkriegsbehörde hatte zuvor Dienst im RSHA versehen, unter den 47 leitenden Beamten der Gründungsjahre befanden sich 33 teilweise hochrangige ehemalige SS-Offiziere. Auf ihr Konto gingen Tausende von Morden an Juden, Sinti und Roma, so genannten Asozialen, Zwangsarbeitern und Oppositionellen in Deutschland und in den von der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebieten.[3]

Repräsentativ

Als repräsentativ kann in diesem Zusammenhang die Biographie des BKA-Präsidenten der Jahre 1955 bis 1964 gelten. Der Jurist Reinhard Dullien, Jahrgang 1902, trat 1933 der NSDAP sowie der SS bei und brachte es in der Verwaltung Ostpreußens bis zum Regierungsdirektor. Im Herbst 1941 wurde er Leiter der "Hauptabteilung III" des sogenannten Generalkommissariats Wolhynien und Podolien in der von deutschen Truppen besetzten Ukraine; fortan war er für die ökonomische Ausplünderung des Gebietes sowie für die Rekrutierung von Zwangsarbeitern zuständig. Über die Methoden, die Dullien anwandte, um Arbeitsklaven nach Deutschland zu schaffen ("Arbeitskräftewerbung"), heißt es in einem Bericht seiner Dienststelle: "Die Werbung in Wolhynien zeigt immer das gleiche Bild, dass die Bewohner beim Erscheinen der Werbekommission geflüchtet sind, da die vorhandenen Polizeikräfte nicht ausreichen, um die einzelnen Dörfer überfallartig zu besetzen." Als "Strafmaßnahmen" des späteren BKA-Präsidenten gegen die unbotmäßige Landbevölkerung werden aufgeführt: "Wegnahme des Viehs, Geldbußen und Niederbrennung der Gehöfte".[4]

Cartoon: Lurusa

Folterkooperation

Wie Kritiker urteilen, sind Traditionen der NS-Polizei im BKA nach wie vor lebendig. Nach Beobachtung des ehemaligen BKA-Kriminaldirektors Dieter Schenk, der bis 1989 in der Behörde arbeitete, kommt es deswegen zu einer nur nachlässigen Bekämpfung des Rechtsextremismus und zu einer intensiven Zusammenarbeit mit Staaten, in denen gravierende Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Laut Schenk wurden allein 1988 "130 Besucher aus Folterstaaten und 18 aus solchen mit Todesschwadronen in allen Ehren im BKA empfangen"; dort besprach man mit ihnen die Modalitäten deutscher Unterstützung für die ausländischen Folterbehörden ("Ausstattungshilfe"). Im entsprechenden Programm für die Jahre 1995 bis 1998 sind demnach "27 Länder aufgeführt, von denen 23 im Jahresbericht (von Amnesty International, d. Red.) genannt werden, 15 von ihnen als Folterregimes teils schlimmster Natur". Diese "Geschäftsbeziehungen" des BKA, erklärt der Kriminalist, dienten "nicht selten" dazu, "kapitalkritische Gewerkschaften und Umweltschützer aus dem Weg zu räumen".[5] Konkrete Vorwürfe ähnlicher Art, die sich auf Kooperationen mit libanesischen Behörden beziehen, erhoben jüngst auch andere BKA-Mitarbeiter.[6]

Bundeskriminalamt - Traditionen der NS-Polizei hier immer noch lebendig

Quelle: Wikipedia

Kein Völkerrecht

Historische Kontinuitäten sind bei einer weiteren deutschen Polizeibehörde auffällig: beim Bundesgrenzschutz (BGS, heute: Bundespolizei), einem Apparat, der am 16. März 1951 - dem Jahrestag der Wehrmachtsgründung - unter mehrheitlicher Mitwirkung von Wehrmachtsangehörigen ins Leben gerufen wurde. Wie der Grenzschutzbeamte Ulrich Wegener kürzlich bekannt hat, leiteten ihn "wertvolle Impulse" der NS-Geheimdienstdivision "Brandenburg", als er 1972 die BGS-Spezialeinheit GSG 9 gründete. Wegener zufolge handelte es sich um "Impulse" für die operative Praxis - hinsichtlich "unkonventioneller Vorgehensweisen", "Raffinesse" und "Gegnertäuschung".[7] Die impulsgebende "Division Brandenburg" soll "eine der brutalsten" der Wehrmacht gewesen sein.[8] Ende Juni 1941 etwa nahm sie an einem Massaker von SS-Einsatzkommandos und ukrainischen Nationalisten im besetzten ukrainischen Lwiv (Lemberg) teil, bei dem 4.000 Juden ermordet wurden.[9] Über die Aktivitäten der Vorbild-Einheit heißt es: "Es waren Aktionen, die weder Vertrag noch Konventionen des Völkerrechts kannten." [10]

Lesen Sie auch unsere Rezension von Dieter Schenks Buch „Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA“ in dieser Ausgabe. (PK)

[1] "Internet kein Raum ohne Strafverfolgung"; Frankfurter Allgemeine Zeitung 05.09.2007

[2] Das Bundeskriminalamt diskutiert seine Geschichte. Einführungsvortrag von BKA-Präsident Jörg Ziercke am 8. August 2007

[3] Dieter Schenk: Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA, Köln 2001

[4] Dieter Schenk: Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA, Köln 2001. S. auch Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland/Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR (Hg.): Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Berlin (DDR) 1965

[5] Dieter Schenk: Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA. Köln 2001

[6] s. dazu Täuschen und lügen, Die Folterer, Und warten noch immer und Praktische Unterstützung

[7] Reinhard Günzel/Wilhelm Walther/Ulrich K. Wegener: Geheime Krieger. Drei deutsche Kommandoverbände im Bild, Selent 2007

[8] "Division Brandenburg" - Hitlers Terror-Einheit; www.mdr.de/artour/archiv/1546161.html

[9] Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, München 1995

[10] "Division Brandenburg" - Hitlers Terror-Einheit; www.mdr.de/artour/archiv/1546161.html

Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56997>

::: Links :::

Geschichte der militanten Linken:

>> [bewegung.in](#) Texte von und zur *Bewegung 2. Juni*, Literaturhinweise zu *Bewegung 2. Juni*, *RAF* und *RZ*.

>> [freilassung.de](#) Soliseite zu Verfahren und Prozessen im Zusammenhang mit *RZ*. Texte zu *Revolutionären Zellen* und *Rote Zora*.

>> [idverlag.com](#) Homepage des *ID-Verlags*. Literaturhinweise zur Geschichte der militanten Linken.

Aktuelle Fragen der Bewegung:

>> [indymedia.org](#) Weltweite Plattform unabhängiger Medienorganisationen.

>> [nrhz.de](#) Online-Zeitung *Neue Rheinische Zeitung*

>> [bundeswehr-wegtreten.org](#) Homepage der antimilitaristischen Initiative aus Köln.

>> [solli.blogspot.de](#) Soliseite zu den Verfahren im Zusammenhang mit *Militante Gruppe* (MG).

>> [bueren-demo.de](#) Informationen zum Abschiebeknast Büren, Abschiebung, Abschiebehaft.

Impressum:

::: Film in Bewegung :::

Infoladen

Ludolf-Camphausen-Str. 36

50672 Köln



Kölner Filmhaus - Maybachstr. 111 | 50670 Köln